

Editorial	2
SVP Schweiz	2
Kanton Luzern	8

«Auf ein Bier, mit Dir»	12
Ortsparteien	13
Frauenkommission	15

Herausgepickt	15
Kalender	16

P.P.
6000 Luzern
DIE POST

Nein zur SP-Steuerinitiative



Weil sie die Finanzprobleme
nicht löst und Arbeitsplätze gefährdet

Infos über die
SVP Kanton Luzern:
www.svplu.ch

Im Gespräch mit
SVP-Präsident
Albert Rösti

2



Wie Europa ent-
stand und wie
es enden wird

4



Gegen die
schädliche SP-
Steuerinitiative

8





EDITORIAL

**Liebe Luzernerinnen,
Liebe Luzerner**

Wer hätte das gedacht? Grossbritannien verlässt die EU und die Bevölkerung bekennt sich mit diesem klaren Verdikt für einen demokratischen, eigenständigen und selbstbestimmten Weg in die Zukunft. Zu gross ist der Unmut über die überbordende Brüsseler Bürokratie, das undemokratische Vorgehen der EU, die grenzenlose Zuwanderung, und der Frust über die von Deutschland angeführte Willkommenskultur geworden.

Auch die Schweiz ist von den enormen Zuwanderungsproblemen, vor allem im Asylbereich, stark betroffen. Gemäss Voranschlag des Bundesrates werden die Asylkosten im kommenden Jahr um weitere 850 Millionen Franken auf über 2'300 Mio. Franken ansteigen. Und diese Kosten werden in absehbarer Zeit auch auf die Kantone und Gemeinden zukommen. Um die Schuldenbremse überhaupt noch einhalten zu können werden mit Buchhalter Tricks Reservekontos des Bundes «angepappt». Das ist nicht mehr seriös! Rechnet man die Kosten der Kantone und Gemeinden dazu, so geben wir heute mehr aus für das Asylwesen als für die Armee unseres Landes.

Es wäre ohne Gesetzesänderung möglich, gemäss dem Schengen Dublin Abkommen, Asylbewerber die aus sicheren Drittstaaten stammen zurückzuweisen. Und zu Recht fordert die Luzerner Regierung jetzt auch konsequent die Einführung von Kontingenten im Asylbereich. Aber auch dies wird immer noch nicht ausreichen, um die ausser Kontrolle geratene Situation zu stabilisieren. Starke und konsequente Grenzkontrollen im Süden sind notwendig. Auch zeigt sich bereits jetzt, dass die von der SVP bekämpfte Asylgesetzrevision von Frau Sommaruga die Probleme nicht lösen werden. Die geplanten Bundeszentren sind lediglich für 24'000 Personen ausgelegt. Dieses Jahr werden wir aber mehr als das Doppelte an Asylbewerbern in der Schweiz aufnehmen müssen. Um die Kosten des Bundes nicht komplett aus dem Ruder laufen zu lassen, fordert die SVP deshalb, dass die Asylkosten den Entwicklungshilfekosten anzurechnen sind. Die enormen Probleme im Asylbereich zählen zu den grössten Herausforderungen unseres Landes und unserer Zeit.

Das Hauptthema dieser Ausgabe des SVP Kurier ist aber die bevorstehende Abstimmung zur Unternehmensbesteuerung im Kanton Luzern. Ich bitte Sie, die Initiative der SP, die den Kanton Luzern in seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit schwächen will, abzulehnen. Die Steuerstrategie des Kantons Luzern ist ein Erfolgsmodell. Gerade in Zeiten, in denen viele Unternehmen unter starkem Druck stehen, dürfen diese nicht weiter mit höheren Steuern belastet werden. Ansonsten werden Arbeitsplätze gefährdet und eine Negativspirale würde den Kanton Luzern schwächen. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Franz Grüter
Präsident SVP Kanton Luzern, Nationalrat

Impressum SVP Kurier, Mitteilungsblatt der SVP des Kantons Luzern

Erscheinungsweise: ¼-jährlich
Grafik/Layout: erni medien GmbH, 6014 Luzern-Littau / www.ernimedien.ch
Druck: Zofinger Tagblatt AG, Zofingen
Auflage: 2800 Exemplare
Anzeigenverwaltung, Kontaktadresse, Redaktion:
Roland Staub, 6123 Geiss, kurier@svp-lu.ch

Für den Inhalt der Beiträge zeichnet sich ausschliesslich der Autor verantwortlich; es ist der Redaktion vorbehalten, Beiträge zu kürzen oder von der Veröffentlichung auszuschliessen.

Adressänderungen sind an Ihre Ortspartei zu melden oder an das kantonale SVP-Sekretariat (sekretariat@svp-lu.ch, Tel. 041 250 67 67). Die Redaktion kann keine Adressmutationen vornehmen!

SVP SCHWEIZ

Nicht der Stil, sondern der Inhalt ist wichtig

**Die Redaktion im Gespräch mit SVP Präsident
Albert Rösti**



Redaktion: Albert Rösti, im Namen der SVP Kanton Luzern gratulieren wir Ihnen nachträglich zur erfolgreichen Wahl zum Präsident der SVP Schweiz. Sie sind jetzt bereits einige Monate im Amt. Was waren bis jetzt Ihre grössten Herausforderungen?

Albert Rösti: Als Parteipräsident hat man es mit einer sehr breiten Themenpalette zu tun. Es ist wichtig, die richtigen Prioritäten zu setzen und in den zentralen Dossiers kompetent Auskunft erteilen zu können. Diesbezüglich habe ich mich auf die Kerndossiers Asyl, Migration und Europa konzentriert, was sich auch ausgezahlt hat. Wichtig war mir in den ersten Wochen auch eine gute Zusammenarbeit im neuen Parteileitungsausschuss und der Parteileitung, da ja bekanntlich nicht nur ich, sondern grundsätzlich die Zusammensetzung des Führungsgremiums neu sind.

Wir haben entsprechend bereits mehrere Parteileitungsausschuss- und Parteileitungssitzungen abgehalten sowie Aufträge und Terminplan für die Legislatur erstellt. Ich darf mit Freude feststellen, dass ich eine sehr gute Unterstützung geniesse und die Leitung der SVP motiviert arbeitet.

Aus meiner Sicht tritt die SVP, mit kleinen Ausnahmen, etwas humaner und weniger provozierend auf. Ist das die Richtung, welche die SVP mit dem neuen Präsident gehen möchte?

Für mich steht nicht der Stil, sondern der Inhalt im Vordergrund. Zentral ist, dass wir die Unabhängigkeit unseres Landes, insbesondere gegenüber der EU, weiterhin mit Vehemenz verteidigen. Als grosse Partei kann man durchaus auch mit etwas konsilianteren Tönen gehört werden, als das früher der Fall war. Ich schliesse aber nicht aus, dass auch im heutigen Umfeld hie und da eine Provokation nötig sein wird.

Sie sind als sehr ausgeglichener Sachpolitiker bekannt. Selber haben Sie in einem Interview gesagt, dass es für Sie früher, mit Ihrer Art zu politisieren, keinen Platz in der Parteileitung gehabt hätte. Die Vorstandsspitze wurde mit populären Persönlichkeiten besetzt, welche durchaus provozieren können. Ist das die gesunde Mischung um weiter zu wachsen um im Parlament Mehrheiten zu finden? Es ist die grosse Herausforderung für die ganze Partei, den hohen Wähleranteil schon nur zu halten, beziehungsweise unser Ziel, weiter

zu wachsen, zu erfüllen. Tatsächlich ist dazu eine gute Mischung aus Persönlichkeiten verschiedenster Charaktere durchaus sinnvoll. So war es explizit mein Wunsch, dass die Exponenten der Partei, die so oder so eine wichtige Rolle spielen, von Anfang an in der Parteileitung eingebunden sind.

Das wichtige Thema Asylpolitik wird von Nationalrat Andreas Glarner geführt. Er gilt als grosser Provokateur. Wann habt ihr zusammen das letzte Bier getrunken?

Ich trinke relativ wenig Bier, pflege aber mit Andreas Glarner einen ausgezeichneten, regelmässigen Austausch und Kontakt. Er macht übrigens im Hintergrund eine seriöse Grundlagenarbeit.

In den letzten Jahren konnte die SVP oft im Alleingang Initiativen gewinnen. DSI und Asylgesetz wurden verloren. Die Partei zeichnete sich jahrelang aus, dass sie den Puls des Volkes spürt und bürgernah politisiert. Hat sie das verloren und wie kommt die SVP mit Albert Rösti wieder auf die Siegerstrasse?

Wie die meisten anderen Parteien hat auch die SVP in der Regel Initiativen und Referenden verloren. Es ist nicht so, dass, wenn man mit diesen Instrumenten verliert, diese sinnlos sind, denn meist wird über die Kampagne und über den Druck dieser Instrumente durchaus etwas erreicht. Sonst würden ja gar keine Initiativen mehr lanciert, da die meisten abgelehnt werden. Es war eher die Ausnahme als die Regel, dass die SVP auch Initiativen gewinnen konnte. Natürlich verliert man nicht gerne, aber sowohl bei der Durchsetzungsinitiative (DSI) als auch beim Asylgesetz wurden Versprechungen gemacht, die durchaus im Sinne der SVP sind. Bei der DSI war plötzlich allen klar, dass kriminelle Ausländer ausgeschafft werden müssen. Beim Asylgesetz sollen jetzt plötzlich doch keine Enteignungen stattfinden. Wenn diese Versprechen umgesetzt werden, ist das dank der SVP.

Gerade die Asylpolitik wird uns noch Jahre begleiten. Trotzdem gibt es zahlreiche weitere Baustellen. Was sagen Sie zu folgenden Themen

Gesundheitskosten/Krankenkasse: Es ist wichtig, dass wir im Gesundheitssystem weiterhin für mehr Markt kämpfen und so dem

Albert Rösti, von Frutigen, aufgewachsen als Bauernsohn in Kandersteg, geboren am 7.8.1967, verheiratet mit Theres Rösti-Neuenschwander, Kinder: André Albert (Jg. 1996), Sarina Theres (Jg. 2000)



Kostenschub einen Riegel schieben. Insbesondere dürfen nicht immer mehr Leistungen mit der obligatorischen Krankenversicherung verrechnet werden.

Bildung:

Bildung ist das wichtigste Gut für ein Land wie die Schweiz - ohne Rohstoffe. Wir sind hier sogar für ein Wachstum der Ausgaben, insbesondere für eine Gleichstellung der dualen Berufsausbildung und der Hochschulbildung.

Landwirtschaft:

Wir sind mit der Landwirtschaftspolitik völlig unzufrieden. Nach mehreren Reformen ist heute die Regelungsdichte viel zu hoch. Es werden vor allem jene bevorteilt, die weniger stark in der Produktion sind. Dem Selbstversorgungsgrad wird zu wenig Beachtung geschenkt.

Die SVP unterstützt deshalb die Initiative des Schweizerischen Bauernverbandes. In der Landwirtschaftspolitik muss der heimischen Produktion wieder mehr Beachtung geschenkt werden, auf Kosten der ständig weitergehenden Ökologisierung und Bürokratisierung.

Familien:

Obwohl der Familienartikel abgelehnt wurde, mischt sich der Bund fälschlicherweise ständig neu in die Familienpolitik ein, z.B. indem er neu die Kinderbetreuung massiv unterstützen will. Dem treten wir energisch gegenüber. Familienpolitik ist nicht Sache des Bundes.

Am 24 Juni ist Brexit Tatsache geworden. Grossbritannien ist aus der EU ausgetreten. Wie geht es Ihrer Meinung nach weiter? Wie und wo sind die Chancen für die Schweiz und welche Länder denken Sie, machen es der Insel nach?

Nach dem Brexit gilt es für die Schweiz, insbesondere die Chancen zu nutzen.

London ist gemessen an der Handelsbilanz (Exporte minus Importe) nach den USA der zweitwichtigste Handelspartner für die Schweiz. Nach dem Austritt von GB aus Europa haben wir mit GB kein Freihandelsabkommen, wie dieses mit der EU seit 1972 besteht. Der Parteileitungsausschuss der SVP hat deshalb beschlossen, mit einem parlamentarischen Vorstoss den Bundesrat zu veranlassen, ein gleiches Abkommen mit GB abzuschliessen. Wir werden das voran-

treiben. London und Zürich sind unter den Top-10 der weltweit wichtigsten Finanzplätze. Mit Ausnahme von GB hat kein einziges EU-Land einen Spitzenplatz im internationalen Ranking. Auf Platz 14 liegt Luxembourg, erst auf Platz 18 kommt Frankfurt, noch drei Ränge hinter Genf. Wir müssen im Finanzsektor die in Zukunft sicherlich liberalere Gesetzgebung in London im Auge behalten, anstatt weiterhin permanent EU Finanz-Standards übernehmen.

Die SVP macht sich stark dafür, in der Forschung mit Grossbritannien zu kooperieren. Denn zusammen mit den Briten haben wir in der Schweiz die wichtigsten Hochschulen Europas. GB verfügt in Europa zusammen mit der ETH Zürich über die besten Unis und ist in allen Universitäts-Rankings mehrfach in den Top-10 der weltweit besten Universitäten vertreten, so u.a. mit Cambridge und Oxford. Sonst rangieren keine EU-Unis unter den Top-10.

Wenn GB aus der EU austritt und damit auch nicht mehr an Horizon 2020 teilnimmt, verliert dieses Forschungsprogramm stark an Attraktivität für die Schweiz. Dafür darf sicher nicht die Verfassung über das Abkommen mit Kroatien gebrochen werden.

Was wollen Sie speziell den Bürgerinnen und Bürgern vom Kanton Luzern noch sagen?

Der Kanton Luzern ist ein äusserst attraktiver Kanton, aus wirtschaftlicher, landwirtschaftlicher und touristischer Sicht. Dem gilt es Sorge zu tragen. Die SVP Luzern schaut hier im kantonalen Parlament und der Kantonsregierung zum Rechten. Ich freue mich, dass unsere Partei mit der prosperierenden Sektion im Kanton Luzern sehr gut verankert ist. Ich gratuliere und danke für das grosse Engagement.

Wir wünschen Ihnen im Namen der Redaktion, sowie im Namen der kantonalen Parteileitung und den SVP Mitglieder aus dem Kanton Luzern viel Freude und Erfolg in Ihrem Amt.

Auf uns dürfen Sie zählen!

Interview Roland Staub



Sind die Schulden der Europäischen Union hausgemacht? Verlierer sind die Südstaaten!

Das 19. Jh. war von der Entstehung der europäischen Nationalstaaten geprägt. Die berechtigte Forderung nach nationaler Unabhängigkeit mündete jedoch schnell in Nationalismus. Das Resultat haben wir in zwei Weltkriegen gesehen. Europa wurde vom Zentrum der Welt zur Peripherie, Deutschland zerstört und geteilt.

Ideen zur Vereinigung der europäischen Staaten gab es schon früher, umgesetzt werden konnten sie erst nach 1945. Nach dem wirtschaftlichen Niedergang der Kriegsjahre hatte sich jedoch der Akzent von der Politik zur Wirtschaft verschoben, was schon die Namen der 1951 gegründeten EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) und der EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) von 1957 zeigten. Letztere war ein Bündnis von Staaten, die ihre nationale Souveränität behielten. Ihr

Entscheidungsorgan war der Ministerrat – und somit die Regierungen der Mitgliedsstaaten. Daran änderte auch die Schaffung des Europäischen Parlaments 1976 nichts. Zwar wurden dessen Mitglieder von den Bürgern Europas gewählt, doch hatte es bei

wichtigen Geschäften nicht viel mitzureden.

Mit dem Vertrag von Maastricht 1992 hatte Europa eine eindeutige Wegrichtung eingeschlagen: zum Primat der Wirtschaft über die Politik. Zwar zeichnete dieser Europa schon zu seiner Gründungszeit aus, allerdings eher im Geiste einer gelenkten Wirtschaftspolitik. Doch schon Ende der 70er Jahre drehte der Wind in Richtung Neoliberalismus. Der Sozialstaat der Nachkriegsjahre geriet in die Krise, und mit ihm die Idee des Staates, der lenkend in die Wirtschaft eingreift, indem er öffentliche Ausgaben und Löhne erhöht, um die soziale Gerechtigkeit zu stärken.

Seit den 80er Jahren, der Reagan-Thatcher-Ära, wurden dagegen ne-

Zwar wurden die Mitglieder von den Bürgern Europas gewählt, doch hatte es bei wichtigen Geschäften nicht viel mitzureden.

oliberalen Lehren wieder salonfähig. Und genau diese sollten die theoretische Grundlage für den Vertrag von Maastricht, die Gründung der EU und die Einführung der Einheitswährung bilden. An die Stelle des wirtschaftslenkenden Staates sollte ein Minimalstaat treten, der sich darauf beschränkt, Grundregeln für einen möglichst freien Wettbewerb zu schaffen und eine Währungspolitik zu garantieren, die einzig die Preisstabilität anvisiert. Statt staatlicher Sozialpolitik soll die Wirtschaft die sozialen Probleme selbst lösen.

Minimalstaat garantiert freien Wettbewerb und eine preisstabile Währungspolitik

Die 2007 begonnene Krise hat diese neoliberale Prägung deutlich zum Vorschein gebracht. Im Zuge der Finanzkrise verkamen die öffentlichen Haushalte zu Kreditgebern letzter Instanz für marodierende Banken: Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Verluste. Dies brachte vor allem in südeuropäischen Ländern das Schuldenfass zum Überlaufen. Es folgten rigorose Sparprogramme mit dem Abbau staatlicher Leistungen. Vor der Einführung des Euro hatten zahlreiche namhafte Ökonomen davor gewarnt, die Einheitswährung würde vor allem südeuropäische Länder in die Krise führen. Niemand hat auf sie gehört.

Die heutige Krise Europas geht auf die überstürzte und unter Druck erfolgte Einführung des Euro zurück. Eine Währung ohne Staat, ein weltweites Unikum, das jedoch die Mitgliedstaaten ihrer selbständigen Wirtschaftspolitik beraubte: Der Zwang zum Budgetausgleich und die Einhaltung von Finanzplänen der Brüsseler Bürokratie kamen gar einem Verlust an Souveränität gleich.

Die Geschichte des Euro kann als eigentlicher Staatsstreich auf Raten bezeichnet werden.

Das Europäische Parlament wurde übergangen, der Ministerrat und die Europäische Kommission rissen alle Macht an sich.

Der Vertrag von Maastricht, der die EU begründete, entstand im Zuge des Zusammenbruchs des Ostblocks, der den Weg für die deutsche Wiedervereinigung ebnete. Frankreich befürchtete damals, durch ein erstarkendes Deutschland seine Vormachtstellung in Eu-

ropa zu verlieren, die es seit dem Zusammenbruch des «Dritten Reiches» innehatte. Daher die Idee, Deutschland mit dem Vertrag zu «europäisieren» und Europa zu einer Wirtschafts- und Währungsunion zu machen. «Maastricht» war der Preis, den Kohl seinem «Freund» Mitterrand für die Wiedervereinigung zu bezahlen hatte. Dieser deutsch-französische Handel wurde natürlich mit üppiger europäistischer Rhetorik maskiert. Doch in den Ländern, in denen das Volk über den Vertrag abstimmen konnte, zeigte sich einiges Misstrauen: Wo er angenommen wurde, geschah dies – wie in Frankreich – sehr knapp. Selbstredend die Abstimmungen in Irland und Dänemark, die nach einem ersten «Nein» wiederholt werden mussten.

Nun beinhaltet der Vertrag von Maastricht zwar bereits einige Fesseln (so die jährliche Budgetschuldengrenze von 3% und die totale Staatsverschuldungsquote von 60% des BIP), doch es gab Ausnahmeregelungen für Krisensituationen, so dass die «starken» Staaten die «schwachen» nicht zu erdrücken drohten. Gleichzeitig wurde der Europäische Rat jedoch ermächtigt, «die Einzelheiten des Verfahrens der multilateralen Überwachung» für die Koordination der Wirtschaftspolitik festzulegen. Und so erliess dieser Rat 1997 die Verordnung «über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken».

Statt die Machtposition Deutschlands zu begrenzen, bereitete der Euro Deutschland grosse Vorteile.

Doch diese Verordnung verletzte den Vertrag von Maastricht: Eine EU-Verordnung kann niemals einen völkerrechtlichen Vertrag abändern. Ein solcher Vertrag kann nur in derselben Form eines neuen Vertrages verändert werden. Stand nun die Schaffung einer Einheitswährung für den Vertrag von Maastricht am Ende eines wirtschaftlichen Vereinheitlichungsprozesses, wurde sie nun als vorrangiges Ziel anvisiert. Hätte sich gemäss Maastricht die Einheitswährung an die wirtschaftliche Realität anpassen sollen, musste gemäss der neuen Verordnung

das Gegenteil geschehen: die Anpassung der Realität an die neue Währung.

Dies führte freilich zu einer Ironie der Geschichte: Statt die Machtposition Deutschlands zu begrenzen, bereitete der Euro Deutschland grosse Vorteile. Vorher war die D-Mark chronisch überbewertet, mit desaströsen für die deutsche Exportindustrie.

Mit Einführung des Euro drehte sich der Spiess um: Deutschland konnte seine Exporte wieder steigern, allerdings auf Kosten der anderen Staaten (vorab Italien), denen Währungsabwertungen zur Stärkung der Exportwirtschaft fortan verwehrt waren.

Während Deutschlands Wirtschaft wuchs, mussten im Süden Löhne und Staatsausgaben gekürzt und höhere Arbeitslosenraten hingenommen werden. Sparpolitik für den Euro. Eine Währung nach dem Vorbild der D-Mark mochte für Deutschland gut sein, nicht aber für Europa. Statt es zu einen, hat der Euro es gespalten und in eine Krise geführt.

Und nun wird diese Währung, koste es, was es wolle, am Leben erhalten. Die Beibehaltung des Euros hat das europäische Gemeinschaftsrecht geradezu ausgehöhlt. Sowohl der so genannte Stabilitätspakt als auch der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), die beiden Rettungsinstrumente des Euros, waren Verträge auf zwischenstaatlicher, nicht europäisch-gemeinschaftlicher Ebene.

Warum dieser Weg? Man wollte die Krise technokratisch lösen und das

Europäische wie die Länderparlamente ausschalten. Stabilitätspakt und ESM wurden vom Ministerrat beschlossen, der zwar aus demokratisch gewählten Regierungschefs besteht, dessen Entscheidungen aber fast wie jene des Papstes von keiner Instanz kontrolliert werden können.

Die EU hat die Nationalstaaten noch nicht abgeschafft, aber ihrer Souveränität beraubt. Kriege werden nicht mehr mit Waffen, sondern durch Zinsspreads und aufgezwungene Sparpolitiken geführt. Nach Einführung des Euros erfuhren die Staaten Südeu-

Paolo Becchi

Prof. Paolo Becchi (geb.1955) studierte in Genua Philosophie und Geschichte.

Seit 1999 ist er an der Universität Genua als Professor für Rechtsphilosophie tätig und seit Oktober 2006 ist er nebenamtlicher Professor für Rechts- und Staatsphilosophie an der Universität Luzern.

Politisch hat er sich für die italienische Protestinitiative «Movimento 5 Stelle» (Fünf-Sterne-

Bewegung) von Beppe Grillo engagiert, welche heute eine starke politische Partei darstellt und sich durch die EU-Skepsis auszeichnet.

Paolo Becchi beschäftigt sich seit einigen Jahren mit den Auswirkungen der Währungsunion auf die EU-Länder und publiziert politische Schriften zu denen etwa «Apocalypse Euro» und «Jenseits des Euro» gehören.



Nach Einführung des Euros erfuhren die Staaten Südeuropas einen Abfluss an Geldern in Richtung Nordeuropa.

ropas einen Abfluss an Geldern in Richtung Nordeuropa, das nun vermehrt südeuropäische Staatsanleihen kaufte. So wurden die Staaten des Nordens zu «Gläubigern» und die mediterranen Länder zu ihren «Schuldnern», die nun enorme soziale Kosten auf sich nehmen mussten, um ihre Schulden – und die darauf anfallenden Zinsen – tragen zu können. Da diese Schuldtitel vermehrt von «ausländischen» Mitgliedstaaten gehalten wurden, machten sich die verschuldeten Staaten entsprechend erpressbar. Ein Vertrauensverlust an den Kapitalmärkten reichte nun zum Staatsbankrott.

Der so genannte «Fiscal Compact» von 2012 wurde wiederum vom EU-Rat verabschiedet, wobei das Europäische Parlament nicht einmal angehört worden wäre. Die Opposition im Europäischen Parlament sollte die Legitimität solcher Verordnungen unbedingt in Frage stellen. Es kann nicht angehen, dass solche Verordnungen gegen übergeordnetes Recht verstossen. In der Geschichte waren Einheitswährungen nie für die Ewigkeit bestimmt. Wenn sie nicht funktionierten, konnte man sie auflösen. Doch während der Vertrag von Lissabon sogar den Austritt aus der EU regelt, fehlt eine analoge Bestimmung für den Austritt aus der

Währungsunion, so dass ein Staat nicht aus ihr austreten kann, ohne zugleich aus der EU auszutreten. Wir brauchen nicht «mehr Europa», sondern ein anderes Europa. Eine Fortsetzung des jetzigen Irrweges führt zum langsamen, aber sicheren Niedergang. Ohne die Parallelen überdehnen zu wollen, können Ähnlichkeiten der heutigen Krise zum Untergang des Römischen Reiches ausgemacht werden. Zu dessen Fallstricken gehörten schliesslich auch eine Währungskrise und ein Bevölkerungsrückgang.

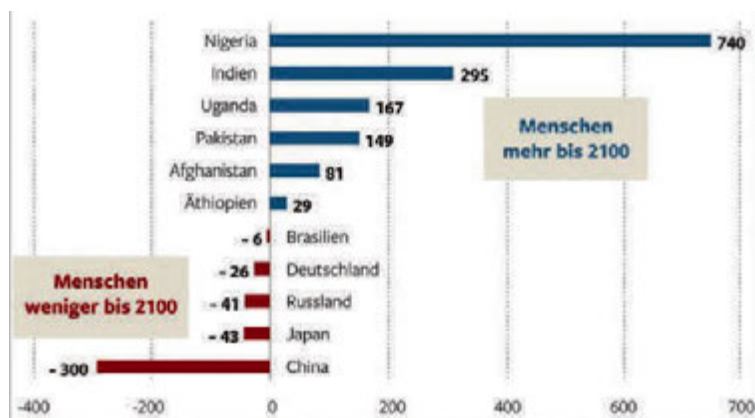
Afrika ist jung und wächst rasant, während Europa «überaltert» und schrumpft. In Ländern wie Italien, Spanien oder Deutschland ist schon heute die Hälfte der Einwohner über 45 Jahre alt, während die Bevölkerung von Nigeria alleine von heute 175 auf 400 Millionen im Jahre 2050 steigen wird.

Die EU scheint auf den Einwanderungsdruck, der wohl lange an-

Eine Fortsetzung des jetzigen Irrweges führt zum langsamen, aber sicheren Niedergang.

Bevölkerungsveränderung von 2013 bis 2100

in Millionen



Quelle: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung

dauern wird, unvorbereitet: Es gibt keine seriöse Einwanderungspolitik, vielmehr wird das Problem auf sicherheitspolitische Aspekte reduziert oder zur humanitären «Aufnahmepolitik» erklärt. Deutschland sichert sich auch hier das beste Stück, indem es mit der Aufnahme syrischer Flüchtlinge zu bil-

ligen, aber gut ausgebildeten Arbeitskräften kommt. Verlierer sind wiederum die Staaten Südeuropas, denen die Aufnahme von Massen afrikanischer Einwanderer ohne jegliche Bildung verbleibt.

Ohne es zu bemerken, sind wir in die Endphase der Globalisierung

Am Ende dieser Entwicklung gibt es vielleicht nicht nur, wie Rousseau prophezeite, keine Franzosen, Deutsche und Spanier mehr, sondern vielleicht nicht einmal mehr Europäer.

eingetreten: Auf die von Bruxelles erzwungene Entwurzelung der europäischen Bürger folgt nun diejenige durch die Globalisierung. Einerseits treten die Nationalstaaten immer mehr Kompetenzen an Einheitsgebilde wie die EU ab, andererseits kommen Massen von Menschen zu uns, mit denen wir nur die Spezieszugehörigkeit gemeinsam haben. Ohne Grenzen aber können wir weder uns selbst in unserer Identität noch die anderen in ihrer Andersartigkeit erkennen.

Nur noch «abstrakte» und austauschbare Menschen ohne eigene Geschichte, Kultur und Sprache. Ob sich die Voraussage in den

nächsten Jahrzehnten bewahrheitet oder ob Europa es schaffen wird, die EU zu überleben? Nur die Geschichte wird es zeigen.



Aus der Redaktion

Geschätzte Leserinnen und Leser

Terror oder vielleicht doch nur ein Amoklauf? Was für Fragen stellen sich da gewisse Leute. Interessiert dies Angehörige von unschuldig umgebrachten Menschen? Tatsache ist, dass die Verunsicherung in Europa dramatisch gestiegen ist. Politiker, Polizei und vor allem das Justizdepartement versagen in ihrer wichtigsten Verantwortung. Anstelle alles dafür zu tun, dass sich der Bürger wieder sicherer fühlt, versucht man mit akribischen Nachforschungen herauszufinden, in welcher Kindheitsphase der Täter zu wenig Zuneigung erfahren durfte. Das hat nichts mit vorbeugenden Massnahmen, sondern mit einer Verweigerung zu tun, den Gefahren mit möglichen Lösungsansätzen zu begegnen.

Der heutige SVP Kurier widmet sich hauptsächlich der SP-Initiative «für eine faire Unternehmensteuer». Dass diese Initiative nicht fair, sondern gefährlich ist, zeigen Berichte und Interviews von Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft. Die Redaktion arbeitet hier eng mit dem Gewerbeverband des Kantons Luzern und dem überparteilichen Komitee «Nein zur SP Steuerinitiative» zusammen. Für die tolle Zusammenarbeit bedankt sich die Redaktion.

Die Europäische Union, wie und warum sie entstanden ist. Hintergründe warum sie so nicht funktionieren kann. Eine Lektüre für den Sonntag-Z'morge. Es lohnt sich, diesen zu lesen.

Viel Vergnügen und angeregte Diskussionen
wünscht Ihnen Ihr
Roland Staub
Chefredaktor SVP Kurier



Landgasthaus STRAUSS

Meierskappel

Das bekannte Landgasthaus zwischen Zug und Luzern

Marktfrische Saisonspezialitäten
«frisch serviert fasziniert»

• Familienanlässe • Geschäftsessen
• Hochzeiten • Vereinsanlässe • Partyservice

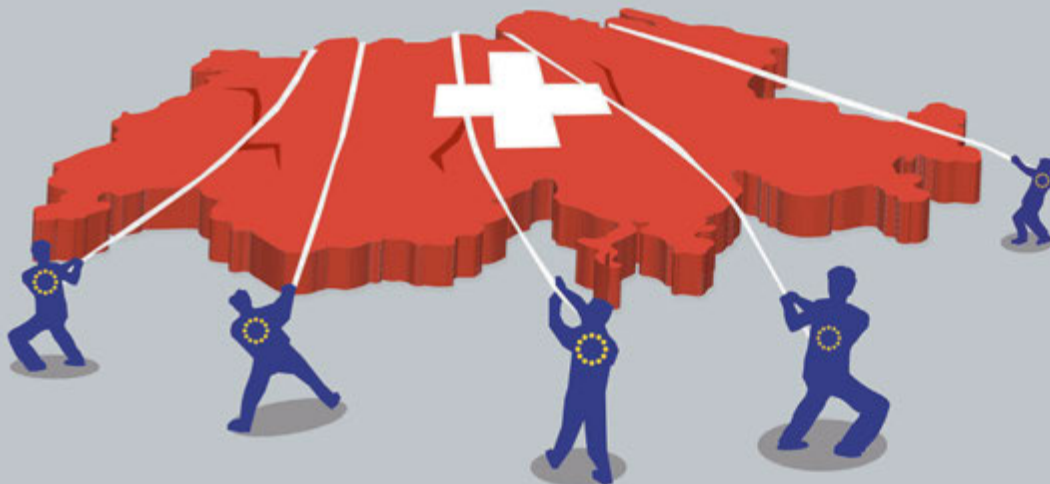
Gerne sind wir auch Ihre Gastgeber
Ruedi und Bernadette Stöckli

Telefon 041 790 11 65

www.landgasthaus-strauss.ch

Gegen einen schleichenden EU-Beitritt

Fremde Richter – EU setzt Schweiz unter Druck



Die Schweiz soll den europäischen Gerichtshof als oberste Instanz anerkennen, fordern EU-Staaten. Man würde die Schweiz bezüglich Abkommen zudem gern überwachen und sanktionieren.

Die Europäische Union geht in den Verhandlungen mit der Schweiz aufs Ganze: Brüssel will zukünftig in den Bilateralen Beziehungen gleichzeitig die Bedingungen vorgeben. Die Schweiz bei der Einhaltung der

Abkommen überwachen und den Vertragspartner auch noch sanktionieren können. Das geht aus dem Verhandlungsmandat hervor, das die 28 EU-Finanzminister verabschiedet haben.

Der Preis, den die Schweiz für den weiteren Zutritt zum Europäischen Binnenmarkt zahlen soll, wäre horrend: Sämtliche Verträge mit Bern sollen nach einer Gesetzesänderung durch Brüssel angepasst werden. Das gilt sowohl rückwirkend für bereits bestehende Vereinba-

rungen als auch für künftige Übereinkommen. Dazu kommt die ausnahmslose Vorrangstellung des Europäischen Gerichtshofes als oberste juristische Instanz. Ein beispielloser Machtverlust für das Bundesgericht in Lausanne. Die Umsetzung dieser Punkte würde den politischen Spielraum der Schweiz dramatisch verringern.

Monsteraufgabe für den Aussenminister

Ein anderer brisanter Punkt ist die

Kontrolle der Vertragseinhaltung: Von einem paritätischen Schiedsgericht, wie es die SVP fordert, ist bei der EU keine Rede; stattdessen soll mit der EU-Kommission einer der Vertragspartner selber befugt sein, der Schweiz bei der Einhaltung der Abmachungen auf die Finger zu schauen. Hinzu kommt die Forderung einer europäischen Kontrollinstanz, die beim Verdacht der Nicht-Einhaltung auch in der Schweiz untersuchen dürfte.

Die bürgerlichen Kreise sind sich einig, dass diese «Maximalforderungen» der EU schlicht provozierend seien: Wir wären damit das unsouveränste Land in Europa. Wir müssten völlig nach der Pfeife der EU tanzen und hätten nichts zu sagen.

FAZIT: Bei Verhandlungen ist es zwar üblich, übertriebene Forderungen zu stellen, damit man bei einem allfälligen Kompromiss viel rausholen kann. Diese Forderungen der EU schiessen jedoch dermassen übers Ziel hinaus. Die Schweizer Bevölkerung würde damit Ihre Unabhängigkeit freiwillig opfern!

Ihre Ausbildung in guten Händen



- **Med. Masseur** mit eidg. FA
- **Berufsmasseur/in**
- **Sport- und Präventionstherapeut/in**

www.dickerhof.ch

Dickerhof
AG
Bildungszentrum für Massage und Kosmetik

«KANTON LUZERN»

Breite Allianz gegen SP-Steuer- initiative

SP und Grüne des Kantons Luzern wollen die Gewinnsteuer für Unternehmen um 50 Prozent erhöhen. Dagegen wehren sich Bürgerliche und Wirtschaftsverbände mit aller Entschlossenheit. Für sie ist klar: Die SP-Steuerinitiative gefährdet Arbeitsplätze, steht quer in der Steuerlandschaft und löst die Finanzprobleme des Kantons nicht mal ansatzweise.

Im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 25. September hat sich deshalb ein breit abgestütztes überparteiliches Nein-Komitee gebildet. Mit dabei sind die politischen Parteien CVP, SVP, FDP und GLP sowie sämtliche Wirtschaftsverbände, allen voran der Gewerbeverband des Kantons Luzern sowie die Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz.

Mehr Infos zur Abstimmungskampagne finden Sie unter www.nein-zur-sp-steuerinitiative.ch.
Dort können Sie sich auch als Privatperson ins Komitee eintragen.



Gegen die schädliche SP-Steuerinitiative

Steuererhöhung ist kontraproduktiv

Die Schweiz ist in Bezug auf die Steuergesetzgebung sehr föderalistisch. Das heisst: Die Kantone geniessen weitgehende Autonomie bei der Ausgestaltung der Steuergesetze. Der dadurch entstehende Steuerwettbewerb zwingt die Kantone einerseits, die Steuerbelastung in einem erträglichen Rahmen zu halten, andererseits, das Steuersubstrat wirkungsvoll einzusetzen. Als Zentralschweizer Kanton ist Luzern von sehr steuergünstigen Kantonen umgeben und ist so gezwungen, attraktive Rahmenbedingungen anzubieten, um gute Steuerzahler für sich zu gewinnen bzw. nicht an die umliegenden Kantone zu verlieren.

Sie erinnern sich: 2008 lag der Kanton Luzern bei der Gewinnbesteuerung der Unternehmen nur im Schweizerischen Mittelfeld, heute liegt er schweizweit auf Rang 1. Davon profitieren alle, die juristischen wie die natürlichen Personen. Die Steuerlast der Unternehmen tragen nämlich indirekt die Konsumenten und Mitarbeiter. Eine tiefere Besteuerung wirkt sich positiv auf die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen aus, aber auch auf die Höhe der Löhne und die Kaufkraft. Deshalb wurde sie damals auch von rund 70 Prozent der Luzerner Stimmbevölkerung an der Urne gut geheissen.

Die aktuelle SP-Steuerinitiative zur Wiedererhöhung des kantonalen Gewinnsteuersatzes um satte 50 Prozent, über die wir am 25. September abstimmen, geht somit in die völlig falsche Richtung. Sie belastet nicht nur die Unternehmen, sondern die gesamte Bevölkerung. Ausserdem kommt sie zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Um die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III auf Bundesebene abzufedern, planen praktisch alle Kantone, den Gewinnsteuersatz für Unternehmen zu senken. **So wie der Kanton Waadt, dessen Stimmbevölkerung am 20. März dieses Jahres an der Urne beschlossen hat, den Gewinnsteuersatz von 22.1 Prozent auf 13.8 Prozent zu senken. Notabene mit einem Ja-Stimmenanteil von 88 Prozent! Und wir im Kanton Luzern wollen diesen Satz von 12.3 auf 14.4 Prozent erhöhen?**

Felix Howald, Direktor Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz

Nein zur
SP-Steuerinitiative
25. Sept. 2016

www.nein-zur-sp-steuerinitiative.ch

... weil sie Arbeitsplätze
gefährdet

... weil sie uns um Jahre
zurück wirft

... weil sie unser
Finanzproblem verschärft



FDP
Die Liberalen



«Arbeitsplätze nicht gefährden»

Interview mit Roland Vonarburg, Präsident Gewerbeverband Kanton Luzern



Roland Vonarburg aus Schötz ist Präsident des Kantonalen Gewerbeverbandes und Chef der Wauwiler Champignons AG. (Bild apimedia)

Für Roland Vonarburg, Präsident des Kantonalen Gewerbeverbandes, ist klar: Wenn die SP-Steuerinitiative am 25. September angenommen wird, verliert der Kanton Luzern einige potente Steuerzahler an die angrenzenden Kantone. Für die entsprechenden Steuerausfälle müsste die gesamte Bevölkerung aufkommen.

Roland Vonarburg, wer ist von der SP-Steuerinitiative direkt betroffen?

Von der Erhöhung des Gewinnsteuersatzes sind ausschliesslich Kapitalgesellschaften betroffen: Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Stiftungen, Vereine und Genossenschaften. Wer keinen Gewinn erwirtschaftet, ist logischerweise von der Steuererhöhung nicht betroffen. Das sind rund 50 Prozent aller Firmen im Kanton Luzern. Der wesentliche Anteil der Steuern im Kanton Luzern wird von ganz wenigen Grossunternehmen bezahlt. Wenn nur eines der 20 ertragsstärksten Unternehmen wegzieht, entgehen dem Kanton Luzern Steuererträge in der Höhe des gesamten mit der Initiative prognostizierten Mehrertrags, also rund 10 Millionen Franken. Und wir verlieren nicht nur Steuereinnahmen, sondern auch Arbeitsplätze – sowohl beim wegziehenden Unter-

nehmen als auch jene der hauptsächlichen Zulieferer.

Wie müsste der Kanton diese Steuerausfälle kompensieren?

Durch weitere Einsparungen oder durch eine Erhöhung des Steuerfusses, der die natürlichen wie die juristischen Personen gleichermaßen trifft.

Wie viel mehr muss ein Unternehmen denn bezahlen, wenn die SP-Steuerinitiative angenommen wird?

50 Prozent mehr. Ein Beispiel: Wenn ein Unternehmen in der Stadt Luzern einen Jahresgewinn von 100'000 Franken erwirtschaftet, zahlt er heute 5550 Franken an Kantons- und Gemeindesteuern. Nach einer allfälligen Annahme der Initiative wären es 8325 Franken.

Für die Standortwahl eines Unternehmens sind ja nicht nur die Steuern verantwortlich. Auch Verkehrsinfra-

struktur, Absatzmärkte, Angebot an Fachkräften usw. spielen eine Rolle. Viele Firmen sind im Kanton Luzern verwurzelt. Wer würde denn überhaupt wegziehen?

Wegziehen würden vor allem die mobilen Gesellschaften, die bereits unter dem starken Franken leiden. Das sind international tätige Grossunternehmen, die im Kanton Luzern ihren Hauptsitz haben. Sie haben ein Interesse an einer tiefen Steuerbelastung, an einer guten Verkehrsanbindung, an Englisch-Schulen für ihre Mitarbeiter. Sie besitzen im Normalfall keine Grundstücke, sie sind eingemietet und kündigen wenn nötig, um das Unternehmen samt Infrastruktur zu verlagern.

Weiteres Leid haben diese international tätigen Gesellschaften von der Unternehmenssteuerreform III (USR III) zu erwarten, oder?

Das ist so. Die USR III schafft auf Druck der Europäischen Union – eine privilegierte Form der Unternehmensbesteuerung ab. Holdinggesellschaften werden abgeschafft und werden neu, wie alle anderen Unternehmen auch, via Gewinn- und Kapitalsteuer besteuert. Um

diese Nachteile zu kompensieren und die Holdinggesellschaften zu behalten, planen zurzeit sehr viele Kantone eine Senkung ihres Gewinnsteuersatzes.

Wie sieht die Situation in der Zentralschweiz aus?

Gemäss Initiative soll Luzern von 12,3 auf 14,4 Prozent rauf, gleichzeitig geht Zug von 14,5 auf 12 Prozent runter. Wenn das passiert, sind wir die grossen Verlierer der Unternehmenssteuerreform III. Von der besten Position in der Unternehmensbesteuerung fallen wir ins hintere Mittelfeld zurück und werden für international tätige Unternehmen unattraktiv. Sie gehen in umliegende Kantone oder gar zurück ins Ausland.

Von der Halbierung des Gewinnsteuersatzes im Jahr 2012 hatte man sich eine Zunahme der Steuererträge bei den Unternehmen versprochen. Liegen wir da nicht etwas hinter den Erwartungen zurück?

Nein. Vergleicht man die Entwicklung der Bundessteuererträge der letzten Jahre, so verzeichnen wir nach 2012 eine kontinuierliche Zunahme. Von diesen Erträgen erhält der Kanton jeweils 17 Prozent zurück, nach Umsetzung der USR III sogar 21 Prozent. Durch diese Erhöhung kommen wir übrigens – mir nichts dir nichts – ab 2020 zu 30 Millionen Mehreinnahmen.

Die SP-Initiative trägt den verführerischen Namen «Für faire Unternehmenssteuern». Was ist an dieser Initiative eigentlich «fair»?

Gar nichts. Die Gewinnsteuer ist nur ein Teil der Besteuerung der Unternehmen. Ein Selbständigerwerbender, der ebenfalls ein Unternehmen hat, wird nur einmal besteuert. Wer aber eine Kapitalgesellschaft hat, der wird zweimal besteuert. Zuerst der Gewinn des Unternehmens. Damit er das Geld aber – wie der Selbständigerwerbende – überhaupt verwenden kann, muss er es zuerst als Dividende beziehen. Es ist nichts als recht, die wirtschaftliche Doppelbelastung zu mildern. Damit die Besteuerung in etwa gleich hoch ist wie für einen Selbständigerwerbenden. Von «unfair» kann also keine Rede sein.



Angela Lüthold-Sidler, Inhaberin Sidler&Co. Nottwil und SVP-Kantonsrätin mit Sohn Raffael Lüthold.

Seit 1954 – vielseitig, kompetent und lexibel.

«Als Unternehmerin trage ich gegenüber den Mitarbeitern eine Verantwortung!»

Im Jahr 1954 wurde die damalige Einzelfirma, welche heute als Sidler & Co Nottwil geführt wird, gegründet. Im Jahr 2003 erbten die Kinder des Patrons nicht nur den Traditionsbetrieb Sidler & Co Nottwil, sondern auch die Tradition im Sinne des Firmengründers das Unternehmen weiterzuführen, zu vergrössern und Verantwortung zu tragen. Dieser Verantwortung ist sich die Firmenleitung bis heute bewusst und nimmt ihre Rolle sehr ernst. Sowohl Kunden als auch Mitarbeiter sollen heute wie auch in Zukunft die Sidler & Co Nottwil als einen Teil guter Schweizer Traditionsunternehmertums kennenlernen, welches sich stets entwickelt und erneuert.

Als Unternehmerin sage ich ganz klar NEIN zu der Initiative «Ja zu fairen Unternehmenssteuern». Die Begründung es seien Steuer geschenke an Unternehmen und Reiche gemacht worden, bewahrt sich nicht. Bei der letzten Steuergesetzrevision wurden etwa 400 Millionen Franken eingesetzt, wovon drei Viertel für die natürlichen Personen und ein Viertel für die juristischen Personen. Neben dem 1.5 % Gewinn-

steuersatz des Reingewinnes pro Einheit müssen die Unternehmen 8.5 % direkte Bundessteuer bezahlen. Die Gesamtsteuerbelastung für eine juristische Person in einer Durchschnittsgemeinde beträgt somit bereit heute knapp 13 %.

Unternehmen sind die Basis unserer Wirtschaft.

Höhe Abgaben an Steuern bewirken kleinere Gewinne. Damit wird den Firmen Kapital entzogen, das sie für Investitionen und die langfristige Entwicklung benötigen. Was an Steuern und Abgaben an den Staat geleistet wird, kann sich nicht in Wertschöpfung niederschlagen und trägt nicht zum Wirtschaftswachstum bei.

Die Steuerbelastung sollte über mehrere Jahre planbar sein. Daher ist es richtig, dass der Kanton nicht schon nach vier Jahren seine Strategie aufgibt. Würde die Initiative angenommen und die Gewinnsteuerbelastung wieder nach oben angepasst, wäre das für die Standortsituation sehr nachtei-

lig. Die Firmen, welche wegen der Tiefsteuerstrategie in den Kanton Luzern gezogen sind, hätte man somit verschaukelt. Firmen mit kleiner Infrastruktur können ihre Unternehmen ohne weiteres wieder an einen anderen Standort verschieben. Eine Steuererhöhung ist deshalb immer mit Abwanderung verbunden. Ein Betrieb mit Produktionswerkstätten und einer kostenintensiver Infrastruktur kann nicht einfach dislokieren und ist auf die Verlässlichkeit des Kantons angewiesen. Bei einer Mehrjahresplanung spielt die steuerliche Belastung eine wichtige Rolle

Luzern noch auf Platz 1

Im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III müssen verschiedene Kantone aufgrund der Abschaffung des Holdingprivilegs gezwungenermassen ihre Steuerbelastungen senken. Zahlreiche

Nicht die Steuereinnahmen sind das Problem – der Kanton hat ein Ausgabenproblem.

Kantone haben bereits deutliche Senkungen angekündigt oder beschlossen. Der Kanton Luzern steht zur Zeit noch auf Platz 1. Die mit der Initiative verbundene Erhöhung würde die Anstrengungen zunichte machen und den Kanton Luzern ins Mittelfeld zurückwerfen.

Steuereinnahmen sind eine Seite. Längerfristig gilt es jedoch, finanzstarke, gesunde und innovative Betriebe zu erhalten. Ein Unternehmen braucht Gewinne um investieren zu können. In den Betrieb investiertes Geld macht sich bezahlbar und sichert auch Arbeitsplätze. In Zeiten der Kostenoptimierung und Effi-

ziensteigerung sind auch die Unternehmen gefordert. Nicht nur der Kanton muss sparen, sondern auch die Unternehmen stehen vor besonderen Herausforderungen.

Der territorial immer grösser werdende Wettbewerb setzt neue Massstäbe. Die öffentliche Hand nimmt die Steuern, jedoch bei der Vergabe spielen andere Kriterien eine Rolle. Ein Schweizer Unternehmen, ob klein oder gross, muss sich an andere Rahmenbedingungen halten als die Konkurrenz aus dem Ausland. Zum Beispiel sei es in Personalfragen, bei den Vorschriften der Umwelt betreffend oder die ganze Prävention in der Unfallverhütung usw.

Es ist eine Tatsache, dass die Kantonsfinanzen in Schieflage geraten sind. Schuld dafür ist das unglaubliche Ausgabenwachstum, das der Kanton seit Jahren aufweist. Obwohl viele immer behaupten, der Kanton spare sich zu Tode gibt er jedes Jahr mehr Geld aus. Auch für die nächsten Jahre wird ein stetiges Ausgabenwachstum von rund 2 % vorausgesagt. Damit wachsen sie Ausgaben immer noch stärker als die Löhne der Bevölkerung. Es ist offensichtlich, dass dies langfristig nicht aufgehen kann. Nur wenn wir das Ausgabenwachstum in den Griff bekommen, können wir den Kanton finanziell sanieren. Diese gefährliche Steuerinitiative führt dazu, dass wir auch noch die Einnahmenseite vergraulen.

Es stösst mir sauer auf, wenn die linken politischen Akteure ständig gegen die Selbständigen, KMU's oder Unternehmen schiessen. Eine Unternehmung übernimmt Verantwortung in verschie-

denen Bereichen. So zum Beispiel in Umweltfragen, in der Personalpolitik oder im Sozialen. Ein KMU Betrieb finanziert die Ausbildung seiner Lehrlinge über die Berufsverbände mit und leistet Beiträge an Weiterbildungskosten etc. Durch Innovation werden Arbeitsplätze geschaffen. Und wer übernimmt schlussendlich das Risiko? Die Führungskräfte von vielen Betrieben engagieren sich in Vereinen in ihren Kommunen oder bei Hilfsprojekten.

Die KMU's sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Viele leisten überdurchschnittlich viel und tragen zum Wohlstand unserer Gesellschaft bei.

Also lehnen wir die Initiative ab und lassen den Unternehmen optimale Rahmenbedingungen, damit die Wirtschaft floriert und alle etwas davon profitieren können.

Grosse Unterhaltung zum kleinen Preis.

Surfen, telefonieren, fernsehen.

AB CHF
59.-
PRO MONAT



Schnell im Internet surfen
mit Gratis-WLAN-Modem



Günstig telefonieren
mit attraktiven Tarifen
ins In- und Ausland



Digital-TV in HD geniessen
mit bis zu 190 Sendern,
davon bis zu 45 in HD-Qualität

Bei einer Vertragslaufzeit von 24 Monaten schenken wir Ihnen die Aufschaltgebühr. Mehr Informationen zu Konditionen, Vertragslaufzeiten und Promotionen finden Sie unter www.green.ch/greenmulti.

green.ch
Internet made in Switzerland

«AUF EIN BIER, MIT DIR»

– heute mit Alwin Larcher

Warum sind wir gerade hier in diesem Lokal?

Als die SVP Horw im November 1999 in kleinem Kreis gegründet wurde, traf sich der 3-köpfige Vorstand jeweils alternierend zu Hause. Mit dem Wachstum mussten wir uns dann nach einem geeigneten Restaurant umsehen, welches Sitzungsräume zur Verfügung stellen konnte. Die drei anderen Horwer-Parteien verfügten bereits über ein solches. Wir wählten das Seehotel Sternen und fühlten uns rasch heimisch. Auch unsere Anlässe führen wir hier durch, und das Geschäftsführer-Ehepaar zählt seit einiger Zeit zu unseren Sponsoren. Der Sternen ist das beste Lokal in Horw und unser Motto lautet: «Wir sind keine Hungerleider-Partei».

An welchem Ort hältst Du Dich am liebsten auf, mit Blick auf die Gemeinde Horw?

Horw hat viele attraktive Aussichtspunkte. Am Liebsten suche ich die Kuppe der Halbinsel auf, mit prächtigem Blick nach allen Seiten. Punkto Aussicht bin ich zudem privilegiert, da wir direkt am See wohnen.

Hast Du ein Hobby, welches bei Deinen Kollegen immer wieder für Verwunderung oder gar Kopfschütteln sorgt?

Als gelernter «Bänkler» bin ich noch heute in der Anlagebera-

tung und im Treuhandwesen tätig. Den Löwenanteil meiner Zeit beansprucht allerdings die Parteiarbeit. Bis vor einem Jahr versah ich fast sämtliche Ämter. Da eine solche Häufung von Tätigkeiten allgemein und angesichts meines Alters nicht sinnvoll ist, haben wir nun einen gut dotierten Vorstand mit Aktuarin und Kassierin. Zudem wählte die letzte GV fünf Vizepräsidenten, welche die Funktion einer Findungskommission für meine Ablösung haben. Bis zur nächsten GV sollte meine Nachfolge geregelt sein.

Für was gibst Du gerne Geld aus – Essen, Auto, Geschenke?

Meine Gattin und ich speisen über Mittag häufig auswärts, wobei wir vielfach lokale Restaurants berücksichtigen und dadurch auch Stammgäste wurden. In Horw ist die SVP im Gastgewerbe jedenfalls bestens verwurzelt. Daneben verbringen wir regelmässig E-Bike-Ferien, um uns so gut als möglich im Schuss zu halten.

Welches Motto begleitet Dich tagtäglich und gibt Dir immer wieder die Motivation, Dich auch politisch zu engagieren?

Mein Motto ist: «Arbeit macht das Leben süss!» Das gilt vor allem für die Parteiarbeit. Eine wachsende Partei bedingt eine beharrliche Arbeit an allen Fronten; von der permanenten Mitgliederwerbung, den persönlichen Kon-



takten, dem fund raising und der Organisation von Anlässen im Rahmen des Jahresprogramms bis zur Entwicklung einer auf die Bewohner abgestimmten Politik und die Parteiarbeit im Parlament sowie in den Kommissionen.

Was würdest Du im Kanton Luzern in den nächsten 10 Jahren unbedingt ändern wollen?

Der Kanton Luzern leidet an einer Verkalkung des politischen Apparats. Die Dominanz der zwei traditionellen Parteien hat zu Bequemlichkeit und Vetternwirtschaft geführt. Den neuen Parteien, allen voran die SVP, stellt sich die Aufgabe, diese Verkrustung auf-

zubrechen und den Kanton, welcher immer noch Nettoabzuger im nationalen Finanzausgleich (NFA) ist, wirtschaftlich und politisch zu modernisieren.

Wen sollen wir als nächstes befragen und warum gerade diese Person?

Die neue Bundesrichterin, Frau Andrea Blum. Bekanntlich werden die Richter/-innen aller Stufen aufgrund der politischen Kräfteverhältnisse gewählt. Interessant wäre es zu vernehmen, wie sich die Anwendung des Rechts mit dem politischen Auftrag verträgt.

Interview Stefan Locher



Immer gut drauf mit
JARI-Teigwaren im Bauch

Familie
Burkard - Laubacher
Unterillau 3
6277 Kleinwangen
041 910 41 72
www.jari.ch info@jari.ch



ORTSPARTEIEN

Präsidentenwechsel im Wahlkreis Willisau



Anlässlich der Generalversammlung vom 17. Mai 2016 demissionierte Robi Arnold als Wahlkreis Präsident und teilte den Delegierten seinen Rück-

tritt mit. Als Nachfolger wurde Vize-Präsident und Kantonsrat Willi Knecht vorgeschlagen, welcher einstimmig und mit grossem Applaus gewählt

wurde. Willi Knecht gilt als unermüdlicher «Büezer und Macher». Mit seiner unvergleichlichen Art führt Knecht als Präsident die Ortspartei Menznau seit Jahren erfolgreich.

Robi Arnold habe grosse, wichtige und wertvolle Arbeit geleistet und sei ein SVP'ler der ersten Stunde. Seine Arbeit könne man nicht genug verdanken und ehren.

«Das Amt als Wahlkreis-Präsident werde ich mit Ehrfurcht und Respekt angehen. In die Fussstapfen von meinem Vorgänger muss ich erst hineinwachsen.» So die ersten Worte von Willi Knecht als neuer Wahlkreis-Präsident.

Grillabend bei der SVP Wikon

Bei angenehmem Sommerwetter konnte die SVP Wikon am 29. Juli, auf der Terrasse der Marienburg Wikon ihren ersten Grillabend durchführen.

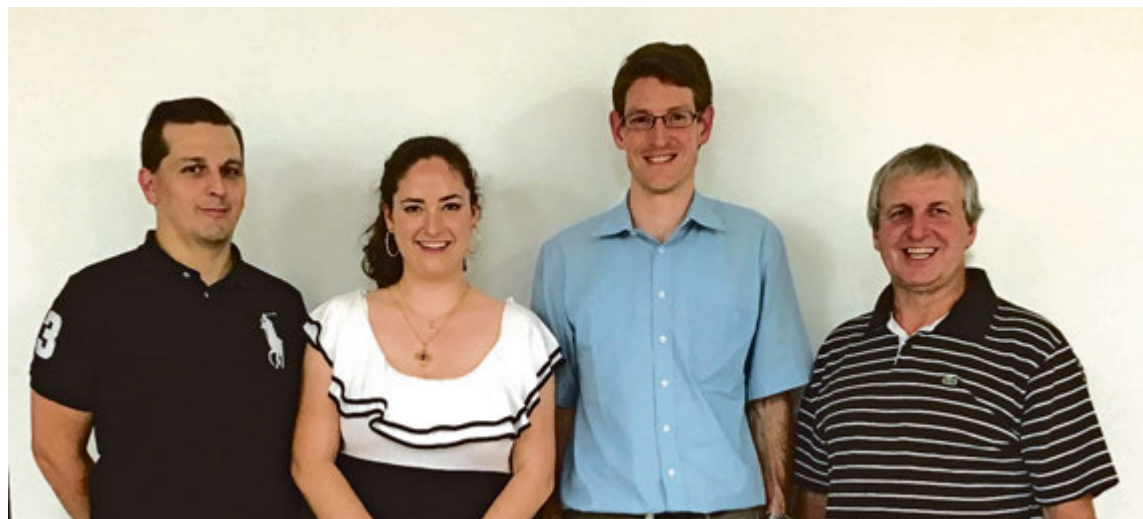
Nach kurzer Begrüssung durch den Präsidenten konnten die zahlreich erschienenen Wikoner Gäste kühle Getränke und feine Grilladen geniessen. Die einzigartige Aussicht vom Schloss auf das im Abendlicht liegende Wiggertal Richtung Süd-Westen bis weit in die Berner Alpen zeigte die herrliche Schönheit unserer Heimat.

Die Einladung zum Treffen auf der Schloss-Terrasse erfolgte, weil sich die junge Partei im Dorf verankern und auch neue Mitglieder gewinnen möchte. Präsident Silvan Schütz erläuterte in seiner Ansprache, dass es der SVP Wikon wichtig sei, die Anliegen der Bevölkerung des Dorfes in ihre politischen Aktivitäten und Entscheidungen einzubeziehen. Es ist deshalb vorgesehen, zukünftig vermehrt solche Treffen durchzuführen. So ergeben sich gute Möglichkeiten, Gedanken und Ideen zu aktuellen politischen Themen auszutauschen und interessante Kontakte zu knüpfen.

Das nächste wichtige politische Ereignis in Wikon war die Gemeinderatsersatzwahl vom 7. August. Die SVP hat dazu, nach Anhörung der beiden Kandidaten, bereits im Vorfeld ihre Wahlempfehlung abgegeben.

Der Ausklang des gelungenen Abends erfolgte bei immer noch sommerlichen Temperaturen am späteren Abend. An dieser Stelle sei der Schwestern-Gemeinschaft der Marienburg für das spontane zur Verfügung stellen der sehr geeigneten Örtlichkeit herzlich gedankt!

Präsidentenwechsel im Wahlkreis Luzern Land



(v.l.): Roger Michel (Kassier), Jasmin Ursprung (Präsidentin), Reto von Glutz (Aktuar), Moritz Bachmann (Vize Präsident).

Am 27. Juni 2016 fand die alljährliche Delegiertenversammlung der SVP Wahlkreispartei Luzern Land statt. Im Zentrum stand die Neuwahl des Präsidiums und des Aktuarenamts. Der bisherige Präsident Moritz Bachmann (Malters) verabschiedete sich nach drei Jahren im Präsidium und übergab sein Amt der Udligenswilerin Jasmin Ursprung. Das Aktuarenamt wird neu vom Horwer Rechtsanwalt Reto von Glutz be-

setzt. Neuer Kassier wurde Roger Michel (Buchrain), welcher vorgängig das Aktuarenamt bestritt. Patrick Bourquin (Schwarzenberg) bleibt weiterhin als Beisitzer/Plakatverantwortlicher bestehen. Der erfahrene Altpresident Moritz Bachmann hat sich nicht ganz aus dem Vorstand verabschiedet, sondern bleibt als Vize Präsident der Wahlkreispartei als wertvolle Stütze erhalten. Verabschiedet wurde der bisherige Vize

Präsident Patrick Müller mit gebührendem Applaus.

Die neue Präsidentin sieht für die nächsten Jahre zwei prägnante Herausforderungen. Zum einen die letzten Ortsparteiengründungen in Dierikon und Honau und zum anderen die Beibehaltung oder allenfalls Steigerung des Wähleranteils in den Luzern Land Gemeinden.

Ein erfolgreiches Amtspicknick in Schötz – Dank SVP Sünneli



Am 10. Juli 2016 lud die Ortspartei Schötz und Ohmstal, unter der Leitung von Präsident Werner Eggenberger und zahlreichen Helferinnen und Helfer, zum traditionellen Amtspicknick ein. Dank SVP Mitglied und Verantwortlicher für die Infrastruktur «Chrusa» Elmar Häfliger gastierte der Wahlkreis auf der Fussballanlage Wissenhusen.

Da war es nicht verwunderlich, dass die gesamte Organisation, vom Aperó über Grilladen bis hin zum grossen Salat- und Dessertbuffet, erste Liga war. Über fünfzig

SVP Mitglieder und Sympatisanten folgten trotz tropischer Hitze der Einladung. Neben den SVP-Kantonsräten vom Wahlkreis Willisau durfte Werner Eggenberger auch

die ehemaligen Amtspräsidenten Geri Klein und Robi Arnold, sowie als Ehrengast aus dem Amt Sursee Kantonsrätin Angela Lütthold begrüssen.

Auf die Frage hin, wie es denn nun dem ehemaligen Präsidenten Arnold geht, meinte er: «zurück lehnen und geniessen». Soweit ist der amtierende Präsident Willi Knecht noch lange nicht. Im Gegenteil, Knecht packte die Gunst der

Stunde und rief die Ortsparteien auf, bereits heute nach guten Kantonsratskandidaten Ausschau zu halten. «Wir brauchen in drei Jahren wieder eine Topliste».

Ehrengast Angela Lütthold fühlte sich geehrt an diesem Anlass eingeladen zu sein. Es sei nicht selbstverständlich, dass Wahlkreise solche Zusammenkünfte organisieren. Dabei sei es doch wichtig, dass Politikerinnen und Politiker die Nähe zur Basis suchen. Nur so spüre man, wo dem Bürger der Schuh drückt. Heute hier in Schötz zu sein, verhindert die Gefahr die Bodenhaftigkeit gegenüber der Realität zu verlieren, so Angela Lütthold weiter.

Es wurde viel geredet, diskutiert und politische Überzeugungsarbeit geleistet. Doch das grossartige Dessertbuffet hat alles in den Schatten gestellt.

Roland Staub, SVP Wahlkreis Willisau

BUCHER

Transport

**SCHNELL
KOMPETENT
ZUVERLÄSSIG**

Bucher Transport
Feldmattstrasse 40
6032 Emmen
Tel. 041 269 10 10
Fax 041 269 10 19
info@bucher-transport.ch

FRAUENKOMMISSION



Paola Ramella-Zitti

Entlebuch
54 Jahre
verheiratet
ein 19-jähriger Sohn
Sprachlehrerin und Hausfrau

Ich bin in der wunderschönen aber chaotischen Stadt Rom geboren und aufgewachsen. Seit meiner Kindheit habe ich geträumt, einmal auf dem Land zu leben. Mein Traum hat sich dann im Jahr 1987 mit dem Umzug in die Schweiz verwirklicht. Meine Familie und ich wohnen seit vielen Jahren in Ebikon, an ruhiger Lage. Der Wald und ein paar Wanderwege sind in 10 Minuten zu Fuss erreichbar. Die prachtvolle Landschaft, rund um den Vierwaldstättersee bringt uns immer wieder ins Staunen. Meine Familie ist mir extrem wichtig und ich bin sehr dankbar, dass ich sie habe. Meine Arbeit als Sprachlehrerin im medizinischen Bereich, bedeutet ebenfalls viel für mich.

Was hat dich dazu bewegt der SVP Ebikon und nicht einer anderen Partei beizutreten?

Direkte Demokratie sowie aber auch Grundwerte wie Landesidentität, Volksidentität, Unabhängigkeit von einer quasi religionsartigen Globalisierung sowie auch christliche Werte sind meiner Meinung nach, Bestandteil eines gesunden Staates. Die SVP engagiert sich konsequent dafür, dass in der Schweiz solche Werte erhalten bleiben.

Wo könnte die SVP Schweiz deiner Meinung nach ein zusätzliches politisches Zeichen setzen?

Zum Beispiel in der Behindertenpolitik. Als Eltern eines Sohnes mit ASS (Autismus Spek-

trum Störung) des mittleren Grades, haben wir leider feststellen müssen, dass es für solche Personen kaum Platz in unserer Gesellschaft gibt. Insbesondere die Integration in die Arbeitswelt stellt eine echte Herausforderung dar.

Mit den richtigen Anreizen für die Wirtschaft und der Unterstützung der SVP könnte man die betroffenen Personen in die Arbeitswelt integrieren. Damit würden Sozialversicherungen und damit die Gesellschaft mindestens zum Teil finanziell entlastet.

Autisten, zumindest diejenigen die in der sogenannten «Mitte» stecken (kleine oder mittlere Einschränkung/Behinderung), häufig intelligente und inselbegabte

Menschen, würden für unsere Wirtschaft eine Bereicherung sein.

Du hast ein Kind, welches unter ASS (Autismus Spektrum Störung) leidet. Wie gehst du damit um? Hast du Tipps wie man weiteren Betroffenen Mut machen kann?

«Nicht aufgeben», «die Macht der kleinen Schritte» und «überwinde das Böse mit dem Guten» sind meine Mottos.

Welche Auswirkungen haben die Terroranschläge in der letzten Zeit auf die Schweiz?

Eine allgemeine Aussage darüber zu machen scheint mir ein bisschen schwierig zu sein. Obwohl die Medien und die Politiker die Terroranschläge zu relati-

vieren versuchen, nehme ich aber wahr, dass die Verunsicherung bezüglich der Sicherheit in der Bevölkerung gestiegen ist.

Muss die Armee verstärkt im Inneren eingesetzt werden um der Bevölkerung Schutz vor Anschlägen zu gewährleisten?

Nein – im Moment nicht, obwohl wir die mögliche Gefahr von Terroranschlägen auch in der Schweiz nicht bagatellisieren dürfen.

Mehr Sicherheitskontrolle von zivilen Sicherheitskräften würde ich aber willkommen heissen.

Interview Jasmin Ursprung

HERAUSGEPICKT

Zum Schluss noch dies – Luthern Kreuz, wo bist du geblieben?

Mitte Juli teilte die SVP Ortspartei Luthern dem SVP Kurier empört und enttäuscht mit, dass das prachtvolle und langjährig im Pfarreiheim hängende Kreuz entfernt wurde. Auf Anfrage der Redaktion hiess es, dass es der Präsidentin der Ortspartei an einem Begegnungsabend mit Flüchtlingsfamilien noch nicht aufgefallen sei. Ein Tag später, an einem anderen Anlass aber das grosse

auffallende Kreuz durch ein kleines kaum wahrgenommenes ersetzt wurde.

Die Redaktion vom Willisauer Bote ging der Geschichte nach. Kirchenratspräsident Ulrich Portmann zeigt sich gegenüber der Zeitung überrascht. Sei doch dieser Kreuzwechsel innerhalb vom Pfarreiteam schon länger geplant. Es seien rein ästhetische Gründe

gewesen, so der Kirchenrat weiter. Über die wahren Gründe darf spekuliert werden. Interessant ist es allemal, dass in einer katholischen Gemeinde wie Luthern ausgerechnet beim Einzug von Fremdreigionen, stillschweigend christliche Anpassungen getätigt werden. Die Wahrheit wissen wohl nur die Götter!

Redaktion SVP Kurier



KALENDER

September 2016

9. Sept.	Sempachertag (Traditioneller Parteitag)
12./13. Sept.	Session Kantonsrat
13. Sept.	Fraktionsausflug SVP Kanton Luzern
15. Sept.	Sitzung des Parteileitungsausschusses (PLA)
19. Sept.	Session Kantonsrat
21. Sept.	Session Kantonsrat

Oktober 2016

20. Okt.	Sitzung des Parteileitungsausschusses (PLA)
----------	---

November 2016

3. Nov.	Kant. Delegiertenversammlung
10. Nov.	Ortsparteipräsidentenkonferenz inkl. Parteileitung

SVP Luzern TV

das Internetfernsehen
der SVP Kanton Luzern

Seit Mai 2013 1 x pro Monat!

Ungefiltert und direkt!

Der neue Moderator des SVP Luzern TV Roland Staub im Gespräch mit dem SVP Kantonalpräsident und Nationalrat Franz Grüter.

In regelmässigen Abständen greift die SVP Kanton Luzern im SVP Luzern TV brisante und aktuelle nationale und kantonale Themen auf – so, wie Sie Ihnen die Massenmedien verschweigen!



[youtube.com / svpkantonluzern](https://youtube.com/svpkantonluzern)

In eigener Sache

Sekretariatswechsel im Kanton Luzern

Ab dem 1. September 2016 übernimmt Richard Koller das Sekretariat von Sibylle Kost-Kleiner.

Richard Koller (1960) wohnhaft in Neudorf LU ist aktives Mitglied und im Vorstand der SVP Ortspartei Beromünster. Er ist Inhaber und Geschäftsführer der Firma VISIONswiss Services AG in Rothenburg. Der Redaktion teilte er mit, dass er sich auf die verschiedenen Anliegen und Aufgaben der Partei und Bevölkerung freue und hofft hier eine aktive Rolle einnehmen zu können. Mit seinem Engagement als Parteise-

ekretär möchte Richard Koller einen Beitrag zur positiven Entwicklung des Kantons Luzern leisten.

Der kantonale Vorstand der SVP bedankt sich bei Sibylle Kost-Kleiner für ihre geleistete Arbeit und wünscht Richard Koller viel Erfolg und Kraft im Umgang mit den zahlreichen Herausforderungen als neuer Sekretär der SVP Kanton Luzern.



Adresse: SVP Kanton Luzern, Sekretariat, 6000 Luzern, Telefon 041 250 67 67, www.svp-lu.ch

Jetzt Mitglied der SVP werden!

Die SVP setzt sich dafür ein, dass unsere Schweiz für uns und unsere Nachkommen auch in Zukunft noch ein Zuhause ist. Tragen auch Sie die klaren bürgerlichen Werte mit und entscheiden Sie sich für Wohlstand, Arbeitsplätze und eine sichere Zukunft in Freiheit!

Die SVP hat einen Vertrag mit dem Volk unterzeichnet, dem wir uns verpflichtet fühlen. Der Vertrag besagt:

- Wir wollen der Europäischen Union nicht beitreten
- Wir wollen die kriminellen Ausländer ausschaffen
- Wir wollen für alle die Steuern senken

Setzen Sie ein Zeichen für die Schweiz und den Kanton Luzern.

Stärken Sie die SVP durch Ihre Mitgliedschaft. Herzlichen Dank!



Die SVP kämpft als einzige Partei für Freiheit und Unabhängigkeit und sagt entschieden Nein zum schleichenden EU-Beitritt der Schweiz.

Unterstützen Sie uns dabei!

Setzen Sie sich ein für Freiheit und Unabhängigkeit.

- ☐ Ich möchte mich zuerst näher informieren. Bitte senden Sie mir Ihre Parteiuunterlagen zu.
☐ Ich möchte sofort Mitglied der SVP werden.
☐ Ich möchte der SVP einen Spendenbeitrag zukommen lassen.

Vorname Name

Strasse PLZ/Ort

E-Mail Telefon

Geb.-Datum Unterschrift

Ausschneiden und senden an: Schweizerische Volkspartei des Kantons Luzern SVP,
Postfach 12, 6276 Hohenrain oder per Fax an 041 250 67 66 oder Internet: www.svp-lu.ch
Spenden auf PC-Konto 60-29956-1

